

Erstmal in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
Für Ausland 2 Mark.
Kleinere Abonnementpreise
4 50 Pf.
Wenn bei allen Briefen Postmarken
auf den Briefen, und auf den
Kleinen Briefen angegeben.
Inserate
Für Veranlagungen von Zeitungs 10 Pf.
Für Zeitungsbelegblätter und Briefe des
Zeitungs 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
Schick an alle Buchhändler und Buchhandlungen des In- und Auslandes.
Hilfs-Expeditoren.
Für die Zeit: Str. Hauptstr. 177 Elm
Str. corner Broome. — Str. Main, N.Y.C.
248 West — 37 Str.
Philadelphia: 9. 5th, 508 North
3rd Street.
J. Hill, N. E. box Chastote & George Str.
Geboten N. J.: R. H. Gorge, 225 Wash-
ington Str.
Chicago: W. Soufermann, 74 Clybourn Ave.
San Francisco: J. G. 418 O'Farrell Str.
London W.: 121. 1st Avenue, 37 A Prin-
cess Str. Leicester Squ.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 83.

Mittwoch, 17. Juli.

1878.

Anstehende Krankheiten.

Recht vernünftige Leute wollen behaupten, der Lehmann habe den Nobiling angefaßt; ohne das Hödelattentat kein Nobilingattentat, und sie beweisen diese ihre Ansicht aus der Geschichte.
Daß der Wahnsinn ansteckend wirkt, ist ja bekannt. Wenn irgend ein Wahnsinniger irgend einen absonderlichen Streich verübt hat, werden wir bald sehen, daß ihm Hunderte von Wahnsinnigen denselben mit größerem oder geringerem Geschick nachmachen.
Aber nicht bloß der Wahnsinn wirkt ansteckend, mehr noch die Dummheit — das sieht man an den 1000 Reisebotschaften, die in wenigen Tagen im deutschen Reich verübt wurden.

Und noch mehr als die Dummheit ist die Schlechtigkeit ansteckend. Wir sehen dies an dem herrschenden Denunzationsfieber, welches das deutsche Volk vergiftet, schlimmer als die Pest und die widerlichste Seuche. Den gekauften und bezahlten Denunzianten und Spitzeln reihen sich würdig die freiwilligen an; die Denunziation wirkt eben wie eine ansteckende Krankheit.
Kaum daß man gehört hat, die Sozialdemokratie soll verleumdert, die Arbeiter sollen noch mehr unterdrückt werden, da wachsen sie wie die Pilze aus der Erde, die eilen, giftigen Denunzianten.

Und welche haarsträubenden Lügen werden über uns in Umlauf gesetzt! Sage man nicht, wir übertrieben, wenn wir aus guter Quelle mittheilen, daß man in einzelnen Gegenden über uns verbreitet, wir gleichen dem leidhaftigen Gotthebeins mit Höckern, Schweif und Pferdefuß.

Nicht selten ist es vorgekommen, daß einer von unseren bekannten Agitatoren in einer Gesellschaft vorgestellt, plötzlich angegriffen wurde: „Ach Gott, Sie sehen ja gerade aus wie andere Menschen.“

Doch nicht solche Harmlosigkeiten, die lediglich von der Dummheit der Belogenen Zeugniß ablegen, sind es, denen wir diese Betrachtung vorzugsweise widmen wollen, nein, es sind ernsthafte Denunziationen, die von einer Frechheit und Gemeinheit sonder Gleichen zeugen. Wir haben kürzlich noch erzählt, daß ein Lumpazius aus Halle nach der Sachsenburg gereist sei und die Namen Nobiling und Ködiger nebeneinander in's Fremdenbuch getragen habe, bloß um unseren Genossen Ködiger der Mitschuld des Kaiserermordes zu verdächtigen; jetzt können wir mittheilen, daß ein anderer Lumpazius, ein E. Braun aus Berlin, die Sozialdemokratie des geplanten Rassenmordes anschuldigt.
Der königlichen Direktion der „Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn“ ging nämlich folgende Anzeige zu:

Der Wohlwollenden Direktion

beehre ich mich, nachstehende Mittheilung zu machen. Von dem vereinigten Wahlcomité der nationalliberalen und Fortschrittspartei beabsichtigen einige Delegirte in Wahlangelegenheiten in die Provinzen zu reisen, einige derselben wollen hierbei zunächst am 6. Juli Abends mit dem 11-Uhrzuge nach Breslau fahren, nachdem das in sozialdemokratischen Kreisen bekannt geworden ist, hörte ich gestern, daß einige dieser Lumpen die verbrecherische Absicht haben, dem betreffenden Schnellzug irgend auf der Bahn zwischen hier und Breslau ein Hinderniß zu bereiten, um solcher-gestalt der geplanten Agitation entgegen zu arbeiten und gleichzeitig im Sinne ihrer destruktiven Tendenzen einen seit längerer Zeit beabsichtigten Coup gegen die königliche Behörde auszuführen; ich erachtete es für meine Pflicht, die verehrliche Direktion hiervon in Kenntniß zu setzen und zeichne

Hochachtungsvoll

Berlin, am 1. Juli 1878. E. Braun.

Giebt es eine elendere Denunziation, ist ein Mörder nicht noch ein Tugendbold gegen solchen Denunzianten?
Unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrheit“, macht zu dem obigen Schriftstück nachfolgende treffliche Bemerkung:

„In Folge dieser Denunziation gab die Direktion Befehl, am 6. d. M., Abends, die ganze Strecke zwischen Berlin und Breslau genau kontrolliren und revidiren zu lassen, und sind dieser zu-nächst dadurch erhebliche Kosten erwachsen, daß sie die ganze Bahnstrecke mit doppelten Bahnwärterposten für diesen Abend resp. Nacht versehen ließ. Daß dieser E. Braun ein neuer Henze oder Ohm ist, könnte beinahe anzunehmen sein, da in der fraglichen Nacht nirgend ein Unfall vorgekommen ist und die ausgestellten Wächter auch nirgend etwas Verdächtiges wahrgenommen haben. Aber aber der mysteriöse E. Braun ist von einem Henze oder Ohm genaue Führer worden. Aber wie leicht ist es nicht möglich, daß sich irgend ein Individuum des Schlags Hödel-Nobiling bereit findet, für Geld und gute Worte an irgend einer Stelle der langen Bahnstrecke einen Stein oder ein sonstiges Hinderniß auf die Bahnstrecke zu legen. Man steckt diesem ein paar so-zialdemokratische Blätter in die Tasche und flugs ist die Sozialdemokratie um ein Verbrechen, wie es verächtlicher nicht gedacht werden kann, bereichert. Dann kann es leicht an Hausdurchsuchungen und Verhaftungen gehen. Dann kann das Spießbürgerthum noch mehr gegen uns gehetzt werden und die Ausnahme-gesetze sind ge-schert.“

So unser schlesisches Parteiorgan. Aus diesem Vorfall aber lägen die Parteigenossen ersehen, daß den Gegnern unserer Sache kein Mittel zu schlecht ist im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Von einem ehrlichen Kampfe kann nicht die Rede sein — Niedertracht, Brutalität, Verleumdung kämpfen in den Reihen unserer Gegner. Unsere Genossen sollen aber trotzdem kaltes Blut behalten — noch niemals hat die Schlechtigkeit auf die Dauer triumphirt. —
Uns aber den Rassenmord andichten zu wollen, wo in den

Reihen unserer Gegner das düstere Gespenst des Massenmörders Thomas umherstreift? Und den Rassenmord andichten zu wollen, wo unsere Gegner den Rassenmord auf den Schlachtfeldern verherrlichen und wir erklärte Gegner aller Menschenschlächtere sind?! Und dies zu thun, um daraus Kapital gegen uns zu schlagen, nicht allein um uns politisch, womöglich auch persönlich zu vernichten! —
Wenn derartige Denunziationen, wenn solches Treiben nicht von allen anständigen Leuten energisch bekämpft wird, wenn man den Anstehenden Krankheiten nicht allgemeiner entgegentritt, dann wird Deutschland bald einem Pfahle gleichen, in welchem alle Schlechtigkeit und Verworfenheit Aufnahme findet. —
Schon jetzt hat der Name Deutschland im Auslande keinen guten Klang, schon jetzt nennt man Deutschland nicht mehr: „das Land der Dichter und der Denker“, sondern: „das Land der Spitzel und der Denunzianten“.

Und solche namenlose Schande bringen die sogenannten „Reichs-feinde“ über unser Heimathland!

Elässische Zustände.

II.

Das Eldorado der Bureaucratie.
Straßburg, im Juni 1878.

(Schluß.)

Doch wenden wir uns von der Komödie wieder zur Wirklichkeit, werfen wir einen Blick auf die Gesetzgebung, so tritt uns sofort ein unglücklicher Zwiespalt entgegen: das willkürliche Neben-einanderbestehen deutscher und fremder Gesetzparagrafen. Bekanntlich hat bei uns das französische Recht Geltung, soweit es nicht ausdrücklich aufgehoben ist oder mit der deutschen Reichs-gesetzgebung im Widerspruch steht. Während wir uns unter der alleinigen Herrschaft des Code civil ganz wohl und behaglich fühlten, finden wir uns nun nicht mehr zu Recht in dem Ragout von französischen und deutschen Gesetzen und Gesetzen. Woher sollte uns auch die Befreiung werden? Von den Beamten, die mit souveräner Oberhoheit auf die Laien herabschauen, natürlich erst dann, wenn wir mit irgend einem Paragrafen in Collision gerathen sind, dann aber auch „gründlich“. Die Beamten sind ja aus Selbstzweck da, sie sind sich selbst genug und halten es daher auch unter ihrer Würde, mit nichtintuitiven und studirten Leuten in privaten Verkehr zu treten. Welch' schönen, geselligen Charakter dabei das soziale Leben, besonders in Straßburg, angenommen hat, läßt sich denken! Auf uns Elässler macht es einen unwiderstehlich komischen Eindruck, wenn uns das Koterie- und Intriguenwesen in der preussischen Beamtenkaste vor Augen tritt. Das Sprüchwort: „Keine Krähle haßt der anderen die Augen aus“, trifft hier gewiß nicht zu. Von Einzelheiten, besonders von einer Charakteristik einzelner „leitender“ Persönlichkeiten, sehen wir hier hauptsächlich aus dem Grunde ab, weil wir die Spalten des „Vorwärts“ für zu werthvoll halten, um sie mit „chronique scandaleuse“ zu füllen. Es möge dies das Vorrecht der „Berliner Tribune“ und ähnlicher „Ordnungs-blätter“ bleiben! — Brrr — ein anderes Bild!

Sogenannte Selbstverwaltung der Gemeinden ist natürlich in den Augen unserer „Regenten“ ein überwundener Standpunkt. Sie haben es in ihrer unergründlichen Weisheit für gut be-funden, Bürgermeister und Gemeinderäthe allenthalben als nicht „zweckdienlich“ in unfreiwilligen Ruhestand zu versetzen und uns dafür diverse „besetzte“ Bürgermeisterverwalter aufzukrochiren. Wie sparsam diese Herren mit dem ihnen anvertrauten Gemeindevermögen umgehen, siehe oben Position „Sand: 5000 Mark“. An Einführung einer freisinnigen Gemeindeordnung denkt man nicht; eine solche könnte der Bureaucratie unbequem werden, und „bequem regieren“ war ja von jeher ihr Wahlspruch. Statt Gemeindeordnung haben wir — o Ironie! — einen § 10 des Verwaltungs-gesetzes, also lautend: „Bei Gefahr für die öffent-liche Sicherheit ist der Oberpräsident ermächtigt, alle Maßregeln ungefäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet. Er ist insbesondere befugt, innerhalb des der Gefahr ausgesetzten Bezirks diejenigen Gewalten auszuüben, welche § 9 des Gesetzes vom 9. August 1849 („Bulletin de lois“ Nr. 1511) der Militärbehörde für den Fall des Belagerungs-zustandes zuweist. Von den erlassenen Verfügungen ist dem Reichs-lanzleramt ohne Verzug Anzeige zu machen!“ —

Etwaige Ausnahme-gesetze, mit denen uns wohl der nächste Reichstag beklagt, treffen uns hier daher nicht, und ruhig können wir ihnen entgegenzusehen, denn seit sieben Jahren leben wir bereits unter solchen. Dieser § 10 und seine lautsprechliche Anwendung vergiftet unser öffentliches Leben; eine freibeitliche oder auch nur oppositionelle Äußerung ist ein Ding der Unmög-lichkeit geworden gegenüber der in jenem Paragrafen enthaltenen Machtfälle. Wegen eines minimalen Vergehens in der angebeu-ten Richtung kann jede Druckschrift durch Confiskation und Suspension unschädlich gemacht werden; jeder Anfertiger einer solchen auf's Erheblichste geschädigt werden. Durch Annoncen-zumendung und Entziehung derselben andererseits, ferner durch den famosen Dispositionsfonds, einen Ableger der Reptilienbank in Berlin, vermag die Regierung aber auch Positives zu wirken: Gegen eine periodisch vom Bezirkspräsidium auszustellende Be-scheinigung über stetiges Wohlverhalten spendet sie ihren „braven Kindern“ die respektabelsten Summen (z. B. „Straßburger Zeit-ung“ 10,000 Mark; „Neue Wälschener Zeitung“ über 6000 Mark u. s. w.).

Gegenüber dieser Handlungsweise ist jedes Wort der Ent-rüstung zu schwach. Zum Glück beansprucht das elässische Volk als geistige Nahrung eine bessere Kost, als sie ihr von dem offi-zialen „literarischen Bureau“ geboten wird. Viele dieser also gebrandmarkten Blätter haben daher auch die riesige Auflage von

50, 100, ja 150 Exemplaren täglich! Was Wunder, wenn bei dem Mangel einer auch nur halbwegs anständigen einheimischen Presse die Pariser Blätter trotz ihres hohen Preises sogar auf dem Lande eine relativ sehr große Verbreitung haben und das Volk immer wieder von Neuem an vergangene schönere Tage gemahnt wird, und halbvernarbte Wunden wieder aufgerissen werden. Auf dem bisher eingeschlagenen Wege wird die Regie-rung ihr Ziel nie erreichen; denn lieber lesen wir gar Nichts, als daß wir uns von jenen Organen die „in den höheren Re-gionen“ gewünschten Gedanken vordanken lassen. Nicht nur wir Sozialisten, sondern auch der größte Theil politisch Anders-denker, ja sogar der eingewanderten Nichtbeamten, sind der besten Ueberzeugung, daß vor Allem nur eine absolute Press-freiheit, ein freies Versammlungs- und Vereinsrecht das elässische Volk zu politischem Denken und Wirken heranziehen kann. Wo-mit haben wir diesen thatsächlichen Belagerungs-zustand, mit dem ja „jeder dumme Junge“ regieren kann, verdient? Ein Volk, das selbst unter dem napoleonischen Regiment stets die Prin-zipien der Demokratie hochhielt, wird sich auch durch die neuen Maßregelungen in seiner Ueberzeugung nicht erschüttern lassen. Dies ist unser Trost im Unglück!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zu den Wahlen. Auf ein Flugblatt des Deutschen Vereins wurde in Bonn als Antwort ein Flugblatt der Ultra-montanen vertheilt, in dem es am Schluß heißt: „Die Männer des Centrums werden wieder gewählt werden, und zwar ob das der Staatsregierung lieb oder leid ist, in der Voraussetzung, daß sie Recht und Freiheit der Staatsbürger ganz so wie bisher verteidigen. Wenn es der Weisheit des apostolischen Stuhles gelingt, aus dem maiegalischen Labyrinth einen Ausweg zu fin-den, so werden wir sehr, sehr dankbar dafür sein: auf unsere politischen Anschauungen aber hat das nicht den geringsten Ein-fluß. Eine Regierungspartei nach Art der jetzigen preussigen „Conservativen“ wird aus den katholischen Wahlbezirken niemals Succurs erhalten.“ — Herr Windthorst und Genossen können jetzt, wie der Goethe'sche Bauerlehrling, ausrufen: „Herr, die ich rief, die Geister, werd' ich nimmer los.“ — Graf Herbert Bismarck candidirt doch in Saalfeld gegen Lasker. Er läßt eine Erklärung verbreiten, die folgendermaßen lautet: „Er (Graf Herbert Bismarck) ist nicht aus eigener Initiative aufgetreten, sondern von Angehörigen dieses Bezirkes aufgefordert worden und sieht sich um so weniger in der Lage, seine Candidatur zurückzuziehen, als er durch deren Aufrechterhalten Zeugniß ab-legen will von seiner Ueberzeugung, daß nach dem letzten öffent-lichen Auftreten des Herrn Lasker ein geistliches Zusammen-wirken desselben mit der Regierung nicht zu erwarten ist. Wenn Graf Herbert Bismarck trotz der Aufstellung eines andern Conservativen sich nicht veranlaßt sieht, zurückzutreten, so geschieht es deshalb, weil er die Wähler des zweiten Rheiniger Wahl-kreises nicht darüber im Unklaren lassen will, daß er Herrn Lasker's Einfluß auf die liberalen Fraktionen für die Entwicklung des deutschen Reiches schädlich hält; er bekämpft keineswegs die nationalliberale Partei an sich, wohl aber den Führer ihres linken Flügels im Parlament.“

Es wird immer heiterer!
Aus Saalfeld wird weiter gemeldet: Ein sehr vermöglicher Grundbesitzer sendet Wahlkreise in die einzelnen meiningen-schen Ortschaften und Kreise, zahlt denselben 6 Mark Tages-diaten und außerdem — hört es ihr freien deutschen Wähler — 5 Reichspfennige für jede Unterschrift zu Gunsten des Grafen Herbert Bismarck! Mit Bezug auf diese Nachricht fragt die „Magdeburger Zeitung“ naiv: „Ob wohl der Reichs-lanzler, ob wohl sein Sohn eine Ahnung davon haben mag, daß man jede ihm zugeführte Stimme einen halben Ridel werth hält?“ — Antwort für die „Magdeburger Zeitung“: Die Stimmen, welche nationalliberalen oder conservativen Jagagern zufallen, sind nicht einen Kupferpfennig werth.

— Die „Ordnungsparteien“ an der Arbeit. In Potsdam und Stettin sind nach Mittheilung der fortschritt-lichen Berliner „Volkzeitung“ einige Herren, welche die Can-didaten der Fortschrittspartei in einer Versammlung der „Or-dnungsparteien“ empfehlen wollten, von den „gemäßigten“ Libe-ralen aus dem Saale hinausgeschmissen worden. In Stettin verurtheilte die „Kauschmeierei“ unter den vereinigten (auch Fortschrittspartei!) Ordnungsparteien derartigen Tumult, daß der Polizeikommissarius die Versammlung auflöste. — Ein Schauspiel für — Sozialdemokraten, die „Ordnungsparteien“ so an der Arbeit zu sehen!

— Eine Denunziation auf Hörensagen. Der Ruhm, eine solche geleistet zu haben, gebührt dem bekannten Maler und Akademiedirektor Piloty in München, der den 70-jährigen Arzt Dr. Trettenbacher, welcher in vertraulichem Gespräche in einem Café dem Professor Seebach gegenüber eine Äußerung (Wahrs-tätsbeleidigung) gethan haben soll, die Letzterer dem Herrn Piloty wiederum gesprächsweise mittheilte. Daraufhin eilte dieser große Künstler, aber charakterlose Mensch eiligt zur Staats-anwaltschaft und denunzirte. Nach der „Frankfurter Btg.“ vom 14. d. lautete das Urtheil gegen Tr. auf 8 Monate Festung.

— Ein vernünftiges Wort aus nationalliberalem Munde. Der verstorbene Zweiten sprach einmal folgenden Satz:
„Es könnte im Augenblick die populäre Strömung dahin gehen, daß es notwendig oder zweckmäßig sei, Alles zu be-willigen, was die Regierung verlangt. Aber gerade solchen poli-tischen Strömungen gegenüber ist es die Pflicht politischer

Männer, dafür zu sorgen, daß nicht in Augenblicken der Erregung, nicht unter Gesichtspunkten, die mit den dauernden Einrichtungen nichts zu thun haben, Rechte aufgegeben werden, deren Wiedererlangung später eine Frage der ernstesten Kämpfe und der gefährlichsten Zerrüttungen werden könnte."

Die nationalliberalen Organe drücken den Zweifeln ihren Ausspruch ab, um sich und ihren Anhängern Muth zu machen.

Die gesammte unabhängige Presse ist einstimmig in ihrem Urtheil, daß Lehmann-Hödel nicht aus politischen Motiven gehandelt hat, daß er auf der denkbar niedrigsten geistigen Stufe, fast auf der Stufe der Thierheit steht, und daß nur absolute Denkfähigkeit oder gewissenlose Bosheit ihn mit irgend einer politischen Partei identifiziren können. Bloß Zeitungen von dem Niveau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Dernburgischen“, „Nationalzeitung“, der (Braun'schen) „Tribüne“, des (Hüttner-Leonhardt-Sparig'schen) „Leipziger Tageblatt“ prostituiren sich durch den traurigen Versuch, den zum Tod verurtheilten Halbidioten politisch zu verwerthen. Für solches Gebahren, das ja, da unser Volk allmählich wieder zur Besinnung gekommen ist, nichts Gefährliches mehr hat, giebt's bloß ein einfaches: Psui!, in das jeder anständige Mensch, welcher Partei auch immer er angehört, einstimmen wird.

Der Staat ist gerettet. Dem in Hanau garnisonirenden Militär ist der Besuch von 32 Wirthshäusern, in denen unser Frankfurter Parteiblatt, der „Volksfreund“ aufgelegt ist, verboten worden. — Aus Würzburg wird gemeldet, daß in der Schuhmacherei des dort garnisonirenden 9. Infanterie-Regiments der Brauch eingeführt ist, daß jeder Arbeiter die von ihm gefertigte Arbeit mit einem Zeichen versehen muß. Ein Schuhmacher schrieb auf die von ihm verfertigten Stiefel: „Deutscher Reichskreuz“. Für diesen Einfall wurde der arme Teufel zu fünf Tagen Dunkelarbeit verurtheilt, weil die Bezeichnung „Deutscher Reichskreuz“ — nicht lachen — ein sozialistischer Ausdruck sei!!!

Der Bankrott der Firma Haase u. Sohn nimmt seinen normalen Verlauf: wie wir erfahren, haben die großen Gläubiger sich unmittelbar vor dem „Kraach“ glücklich salirt, und fallen „blos“ die „kleinen Leute“ herein, deren Zahl sich „blos“ auf elftliche Tausend beläuft. Es ist die alte Geschichte von den „Großen“ und „Kleinen“. Ob das Gericht Ja! dazu sagen wird? Warten wir ab. —

Ein kleiner Haase. Ungemeines Aufsehen erregt in Coswig (bei Dessau) das Verschwinden eines Kaufmanns, der seit mehr als 14 Tagen vermisst und bis heute nicht wieder zurückgekehrt ist. Derselbe stand vorzüglich mit der ländlichen Bevölkerung in Verkehr und soll eine Summe von mehr als 300,000 Mark mitgenommen haben. Einzelne Personen sollen demselben Gelder bis zur Höhe von 50,000 Mark anvertraut haben. Außer einigen werthlosen Mobilien hat der Durchgebrannte Nichts hinterlassen.

Ein vernünftiges Urtheil. Am 17. Juni hatte Genosse Schäfer in einer Volksversammlung in Döberitz (bei Frankfurt a. M.) über das Attentat gesprochen und er sollte dabei Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser ausgesprochen haben. Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Die Erkenntnisgründe zeigen uns, wie es immer noch deutsche Richter giebt, die Zeit und Umstände er wägen und leidenschaftlos zu urtheilen vermögen. Das Erkenntniß lautet: „Das Urtheil, welches auf Freisprechung lautete, führte aus, daß, wenn es auch zweifellos sei, daß Schäfer in dem ersten Theil seiner Rede die Person des Kaisers nicht mit derjenigen Ehrerbietung zum Gegenstand der Besprechung gemacht, welche dem Kaiser und König gebühre, so sei doch in der gebrauchten Ausdrucksweise eine Beleidigung nicht zu erblicken; er habe erwähnt, daß das Bubenstück der

beiden Attentäter der Sozialdemokratie zur Last gelegt werde, und solches zurückgewiesen. In dem gebrauchten Ausdruck solle nicht eine Heringschäkung liegen, sondern nur die an sich richtige Behauptung, daß die Monarchie nicht durch die Ermordung des Thronbesizers beseitigt werden könne, indem die Monarchie als Produkt der heutigen Gesellschaft unabhängig sei von der That einzelner Personen. Es liege mithin ein Verzeihen gegen § 95 nicht vor. Ebenso wenig habe der Angeklagte sich im ferneren Verlauf seiner Rede einer Aufreizung schuldig gemacht; er habe nur die Unzulässigkeit von Ausnahmestrafen darthun wollen und bewiesen, daß sie nur zum Zweck der Verhinderung der Verbrechen führten, was man damit erreichen wolle. Ob nun Ausnahmestrafen überhaupt dem Reichstage vorgelegt und von demselben angenommen würden, sei mindestens noch zweifelhaft; jeder politischen Partei müsse vor der Wahl freistehen, auf die Bedeutung derselben hinzuweisen und die etwa in Aussicht stehenden Gesetzesvorlagen zu kritisiren. Wenn der Angeklagte die Ausnahmestrafen für zwecklos halte, so befände er sich im Einklange mit anderen Parteien, die in dieser Beziehung ihrer Ansicht schon Ausdruck gegeben hätten. Es sei nicht anzunehmen, daß die Hinweisung auf die künftigen Folgen einer projektirten Gesetzgebung geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu gefährden, verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeit aufzureizen und das um so weniger, da der Angeklagte nach den Zeugenaussagen anerkannt habe, daß die Arbeiter nach den Oberbader Vorfällen sich ruhig verhalten hätten. Aus diesem Grunde müsse Freisprechung erfolgen."

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Rakel (Provinz Posen) vom 11. Juli berichtet wird, hat der dortige Stationsvorsteher die Eisenbahnbeamten darüber vernommen, welche Zeitungen dieselben mitnehmen, resp. lesen. Die Postbehörde hatte auf vorherige Anfragen keinerlei Auskunft ertheilt. Was werden wir in diesem Kampfe nur noch alles erleben?

Der frühere Lehrer, jetzige Kaufmann Papp zu Halle, welcher die Namen „Hugo Rödiger“ (Halle) und „Dr. Nobiling“ fälschlich in das Fremdenbuch der Sachsenburg eintrug, ist durch das dortige Gericht zu 150 Mark Geldbuße und Tragung sämtlicher Kosten verurtheilt worden. — In Erwägung, daß P. durch seine freche Fälschung die Abicht betandete, unsern Parteigenossen Rödiger in eine Hochverrathsklage zu verwickeln, erscheint diese Strafe — sehr, sehr mild.

Am Sonnabend erreichte der Congreß zur „Lösung“ der orientalischen Frage offiziell sein Ende. Verlaß und Ergebnis sind genau was erwartet werden mußte. Die „Lösung“ ist schlimmer als eine „Versumpfung“: es die Vorbereitung zum neuen Krieg, welcher ausbrechen wird, sobald Rußland sich stark genug glaubt, mit England um die Reste der Türkei ringen zu können. Die Zustände, welche der Congreß auf der Balkaninsel geschaffen hat, sind einfach unhaltbar — nach allen Seiten hin ist die Saat der Unzufriedenheit gesät und sie wird blutig aufgehen. England, die einzige Macht, welche auf dem Congreß, außer Rußland, eine selbstständige Politik verfolgte, hat jetzt formell das Protektorat über die Türkei übernommen, und wenn nicht inzwischen vernünftiger politische Zustände in Europa erwachsen sind, wird der nächste orientalische Krieg unfehlbar ein Duell zwischen England und Rußland sein, das allerdings zum Weltkrieg sich erweitern dürfte. Deutschland sekundirte auf dem Congreß natürlich dem „Erbfeind“, der aber trotzdem ein tüchtiges Stück der Deute von San Stefano herausgeben mußte; Oesterreich spielte wie immer die Rolle des betrügerischen Vetrogenen, und die übrigen Mächte spielten gar keine Rolle. Kurz die sogenannte Staatsweisheit der Diplomatie hat sich wieder einmal in der ganzen Glorie ihrer Unfähigkeit zum Guten gezeigt. —

Das Schweizerische Asylrecht für politische Flüchtlinge. Die „Tagwacht“ schreibt: „Noch nie, behauptete vor

Kurzem die „Neue Züricher Zeitung“, und ihr druckten's Andere nach, sei politisches Asylrecht in der Schweiz verweigert worden. Leider ließen sich die Beweise von früher her nicht mehr genügend zusammenstellen, dafür sind wir aber im Falle, jetzt auf frischer That, mit einem Beweise aufzuwarten.

„Unser Genosse Krühl, früher Redakteur des Halberstädter sozialistischen Vorkämpfers, wurde wegen einiger Preßvergehen zu 11 Monaten Gefängniß verurtheilt und entzog sich auf das Andringen von Freunden dieser Strafe dadurch, daß er sich in die Schweiz begab. Nachdem er eine Zeit lang in Zürich vergeblich sich um Arbeit bemüht, gelang es ihm endlich in Schaffhausen eine Stelle zu bekommen. Krühl, dem Niemand das Zeugniß eines anständigen, arbeitsamen und soliden Menschen verweigern kann, trat seine Stellung in Schaffhausen in voriger Woche an und bekam Logis von seinem Arbeitgeber. Nach einigen Tagen sollte er seine „Schriften“ bei der Polizei abgeben und theilte nun der Polizei den Sachverhalt mit, indem er sich durch Dokumente als politischer Flüchtling auswies. „Aha! Da kommt der Erste“. Das war die erste Bemerkung, die er zu hören bekam und woraus man schon schließen kann, daß die Polizeiherrn mit Sehnsucht auf einen sozialdemokratischen Flüchtling erwartet haben, um denselben ihre „Macht“ fühlen zu lassen. Item — Krühl wurde ausgewiesen und bevor er noch im Geschäft anlangte, war schon ein Polizist beim Arbeitgeber, der diesem begrifflich zu machen hatte, daß der Aufenthalt Krühl's in Schaffhausen nicht allein für den Großstaat gleichen Namens, sondern für die ganze bürgerliche Gesellschaft gefährlich sei.

„Das Ende vom Liede war, unser lieber Krühl mußte fort von Schaffhausen, ohne daß er sich nur hätte das Mindeste zu Schulden kommen lassen. Wir wollen nun sehen, ob auch nur eines der Blätter, die sich mit so viel Emphase dagegen gewehrt haben, daß das Asylrecht der Schweiz einem politischen Flüchtling verweigert worden sei — ob auch nur eines dieser Blätter von dieser brutalen Asylverweigerung Akt nehmen wird.

„Und nun noch eine Bemerkung. Die Schweiz hat schon verschiedene Gattungen von Flüchtlingen bei sich aufgenommen und zwar waren es oft derartige Flüchtlingsschichten, die für ihren Unterhalt Opfer von Staat und Privaten erheischten. Die sozialdemokratischen Flüchtlinge haben noch nie solche Opfer in Anspruch genommen — es waren meist Arbeiter, die es überhaupt nicht verstehen, Bettelbrot zu essen. Und doch sprechen sehr verschiedene Anzeichen dafür, daß man gerade den sozialdemokratischen Flüchtlingen das Asylrecht verweigern will. Wir werden nächstens deutlicher sprechen.“

In Kopenhagen (Dänemark) ist unter den Schiffszimmerern der „Vereinigten Dampfschiffsgesellschaft“ ein Strike ausgebrochen, weil die Gesellschaft den Lohn herabsetzte.

Die Majestätsbeleidigungsprozesse scheinen sich in dem „freien“ Belgien einzubürgern. Das Urtheil gegen Verbauwen ist noch in frischem Gedächtniß; und jetzt erfahren wir, daß unser Genosse und Freund Paul de Witte in Gent vor die Geschworenen von Ostlandern zitiert wegen einem Artikel im „Werker“, der über eine Manifestation in Gent berichtet und eine Majestätsbeleidigung enthalten soll. Die Bourgeoisie hascht in blindem Eifer nach jeder Gelegenheit, um wieder einen Wortführer des Sozialismus „falt zu stellen“.

Der Präsident des „Deutschen Tabak-Arbeiter Bundes“ veröffentlicht im „Boten“, dem Organ des genannten Vereins, folgende:

Erklärung!

Es ist mehrfach die Frage von Arbeitern an mich gerichtet worden, was sie thun sollen, wenn ihnen ähnliche Schriftstücke vorgelegt werden. Mein vielbewegtes kampfreiches Leben giebt eigentlich die beste Antwort darauf. So groß auch manchmal die Noth bei mir und meiner Familie war, noch niemals ließ ich mir einfallen, mich selber politisch zu kastriren. Es laßt

Angell: Nein.
Vorj.: Den haben Sie sich also erst hier in Berlin ange-

Angell: Gewiß.

Vorj.: Wie lange vor dem 11. Mai?

Angell: Zwei Tage.

Vorj.: In welchem Zweck?

Angell: Ich wollte mich erschießen damit.

Vorj.: Wie waren Sie zu diesem Entschluß gekommen?

Angell: Durch die schlechten Verhältnisse.

Vorj.: Sie hatten ja aber den Entschluß gefaßt, über Hamburg nach Amerika zu gehen; es müssen also besondere Umstände eine Aenderung dieses Vorhabens veranlaßt haben?

Angell: Ja, gewiß; die 200 Mark waren alle, die ich gehabt hatte.

Vorj.: Also, weil das Geld zu Ende ging?

Angell: Ich hatte keine Existenzmittel mehr, es stand mir nichts mehr zu Gebote.

Vorj.: Warum wollten Sie sich nun gerade „Unter den Linden“ erschießen; das konnten Sie ja draußen im Thiergarten oder bei sich zu Hause machen.

Angell: Das that der Selbstmörder je nach Belieben. Der Eine erschießt sich draußen, der Andere zu Hause. Ich weiß also nicht warum, ich war ja ganz besinnungslos; ich habe nicht abgewartet, wo ich es thun sollte, hätte es mir zu Hause convenirt, so hätte ich mich zu Hause erschossen.

Vorj.: Die Anklage behauptet nun, Sie hätten auf Se. Majestät den Kaiser geschossen, Zeugen behaupten es.

Angell: Da kann ich nichts für; gegen falsche Zeugen ist kein Kraut gewachsen.

Vorj.: Wenn Sie auf sich geschossen hätten, so hätten Sie sich doch aber verwunden müssen, Sie tragen ja heute denselben Krug, er ist unverfehrt.

Angell: Es ist auch richtig.

Vorj.: Wie haben Sie denn den Revolver gehalten?

Angell: So viel mir einfallen ist, so. (Dabei hält Angellagter die rechte Faust geschlossen, den Daumen nach oben vor sich.)

Vorj.: Es ist ja aber keine Verletzung weder an Ihrem Körper, noch an Ihrer Kleidung zu sehen, denselben, welche Sie heute tragen?

Angell: Schweigt.

Vorj.: Sie wurden dann verfolgt, der Revolver wurde Ihnen abgenommen — der hier vorliegende Revolver —, darin waren noch zwei Läufe geladen, vier waren abgeschossen; hatten Sie alle sechs Läufe geladen mit solchen Kugeln, wie sie aus den beiden geladenen Läufen herausgenommen wurden?

Der Vorsitzende übergiebt dem Gerichtsdiener den Revolver, um ihn durch den Angeklagten rekonosciren zu lassen; dieser nimmt die Waffe, besieht sie lächelnd, läßt knackend die Kammer rundum spielen und giebt ihn sodann lächelnd dem Diener zurück;

Prozeß Lehmann-Hödel.

(Nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“.)

Wittwoch (11. Juli) Vormittags um 9 Uhr begann vor dem königlichen Staatsgerichtshof die öffentliche Verhandlung des Prozeßes wider Hödel, welcher am 11. Mai d. J. das Attentat auf den Kaiser unternommen hatte.

Die Verhandlung fand in einem kleinen Saale des Erdgeschosses des königlichen Kammergerichts statt. Der ungemein beschränkte Raum machte nur einem kleinen Theile des Publikums möglich, der Verhandlung beizuwohnen. Im Hintergrunde des Saales befand sich auf einer kleinen Erhöhung der Tisch für die Richter, den öffentlichen Ankläger und Protokollführer. Vor diesem Tische befand sich ein kleiner Tischchen, welches mit einer grünen Decke überzogen war und die Bestimmung hatte, den Revolver, dessen sich Hödel bediente, Kugeln, welche dazu gehören und einige andere Gegenstände, welche bei dem Verbrecher gefunden wurden, aufzunehmen. Vor dem Tische befand sich der Tisch für den Verteidiger, rechts davon, hinter der Barriere stand die Anklagebank und hinter dieser zwei Stühle für Aufsichtsbemante. Nunmehr folgten zwei Reihen von Stühlen und ein Bank für Zeugen, Polizist, Exekutivbeamte und bevorzugtes Auditorium, einige 30 Plätze; der übrige Theil des Saales war hinter einer Barriere für das Publikum zurückgemacht und hier wiederum waren vorn 20 Stühle für die Presse bestimmt, deren Vertreter indessen genöthigt waren, schriftliche Aufzeichnungen auf den Knien vorzunehmen, da es an jeder Schreibvorrichtung fehlte.

Der Angeklagte war bereits um 7 Uhr im verschlossenen Zellenwagen zum Gerichtshofe befördert worden; der Transport erfolgte ohne große Polizei-Eskorte. Hödel wurde in den Hof des Gebäudes gefahren, von wo aus er in eine für ihn besonders hergerichtete Zelle neben dem Gerichtssaal gebracht wurde.

(Einige, den Kleidern nach zu den „gebildeten Ständen“ gehörige Personen suchten ihre Loyalität durch Verwünschungen und grobe Insulten des Angeklagten zu behaupten.)

Im Saale füllten sich die Plätze für die Presse schon von 8 Uhr ab; gegen 9 Uhr erschien städtisch im Saale der Vorsitzende, Vicepräsident des Kammergerichts v. Wähler, gleich darauf traten ein der Oberstaatsanwalt v. Lutz und zwei Beamte der Criminalpolizei, der Dirigent der Criminalabtheilung Polizeirath Bid und Polizei-Inspektor Hoff; dieselben nahmen zur Rechten des Staatsanwalts an einer Seitenwand Platz. Der Verteidiger Justizrath Wille nimmt gleichfalls vor 9 Uhr seinen Platz ein.

Gleich darauf tritt der Gerichtshof in den Saal; er besteht aus dem Vorsitzenden, Kammergerichts-Vizepräsident v. Wähler, ferner aus den Kammergerichts-Räthen Sello, Rathmann, Gräfe, Schäper, Ernst, v. Wulfsen, v. Sendewitz, Sommer, v. Windheim. Als Gerichtsschreiber fungirt der Kammergerichts-Referendarius Schulz I.

Schlag 9 Uhr wird der Angeklagte, zwei Polizeibeamte voran, ein dritter hinter ihm, in den Saal geführt. Der Angeklagte, eine, wie bekannt, sehr unbedeutende Erscheinung von 5 Fuß 8 Zoll Größe, mit bartlosem, blaßem Gesicht, dunklen Augen, braunen kurzen Haaren, trägt seine Arbeitskleidung, in welcher derselbe verhaftet wurde; er durchschreitet den 10 Schritt breiten Saal, mit frechem Blick das Publikum zu seiner Rechten munternd, höhnisch lächelnd und nachlässig den Hut in der rechten Hand schwenkend, so daß der Eindruck ein überaus widerwärtiger ist.

Der Gerichtshof tritt gleichfalls in den Saal, alle Mitglieder desselben nehmen Platz und der Vorsitzende eröffnet die Sitzung unter Feststellung der Person des Angeklagten, wie folgt: „Emil Heinrich Max Hödel, genannt Lehmann, auch Traber, am 27. Mai 1857 zu Leipzig geboren, evangelisch, seitens der Erbschaftskommission für dauernd unbrauchbar erklärt, ist 1870 durch Entscheidung des königlichen Polizeiamts zu Leipzig wegen Taschendiebstahls mit 10 Streichen bestraft. Haben Sie gegen diese Angaben in Betreff Ihrer Personalien etwas zu erinnern?“

Angell. (laut und dreist): „Nein!“
Vorj.: „Dann bitte ich die Anklageschrift zu verlesen.“

Der Gerichtshof verliest dieselbe (s. unsere vorige Nummer). Der Angeklagte hörte sitzend, den Kopf in die rechte Hand gestützt, die Verlesung an.

Vorj.: Es ist also gegen Sie die Anklage dahin gerichtet, daß Sie versucht haben, am 11. Mai d. J. Se. Majestät den Kaiser vorläufig zu tödten, daß Sie diesen Entschluß auch durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung beabsichtigten, aber nicht zur Vollendung gekommen, bekräftigten, und daß Sie diese Handlungen mit Ueberlegung ausgeführt haben. Bekennen Sie sich demgemäß des Hochverraths schuldig?

Angell. (laut und deutlich): „Nein.“

Nunmehr beginnt das Inquisitorium. Da die in demselben vorkommenden Fragen sich stets auf Anklagepunkte beziehen, bezw. wirkliche Wiederholungen aus der Anklageschrift sind, so sind dieselben in Nachfolgendem nur angedeutet, die Antworten des Angeklagten dagegen wörtlich mitgetheilt. Der Letztere folgt dem Verhör mit scharfem Interesse, steht nachlässig entweder mit über der Brust verschrankten Armen, oder die Linke in der Tasche des Beinkleides, auf den rechten Arm gelehnt, blickt höhnisch lächelnd auf Gerichtshof oder Publikum und giebt seine Antworten schnell in naselndem Tone mit sächsischem Accent, und in phrasenhafter Manier.

Vorj.: Am 21. April kamen Sie aus Leipzig hierher, zu welchem Zweck, was wollten Sie hier?

Angell.: Ich hatte gerade keinen besonderen Zweck hierher zu kommen, ich wollte über Magdeburg, Hamburg nach Amerika fahren; es convenirte mir aber gerade nach Berlin zu gehen, ich wollte irgend ein Geschäft ansagen.

Vorj.: Befahren Sie damals schon einen Revolver?

politisches Tun und Geschehen zwar mehr als zuviel in Deutschland umher, aber die Arbeiter sollten dieses Pack nicht vermehren. Lassen wir diese Species des Denkerwollens den gebildeten Klassen der Gesellschaft. Deutschland ist groß genug und noch giebt es Tausende von Arbeitgebern, welchen ein ehrenhafter Arbeiter, der seine Gesinnung nicht verleugnet und dabei brav seine Schuldigkeit als Arbeiter thut, lieber ist, als ein solcher, der sich händisch jeden Schritt gefallen läßt, wenn nur ein Auge bezüglich seiner mangelhaften Arbeitsleistungsfähigkeit zugeht.

F. W. Frigische.

— Vom Kriegsschauplatz. In Gotha wurde das Wahlschlachtblatt confiscirt und fand in der Druckerei der „Thüringischen Volkszeitung“ Hausdurchsuchung statt. In Waltershausen wurden etliche Austräger des Flugblattes verhaftet und nach Gotha geschickt. — Richard Fischer, Redakteur der „Berliner Freien Presse“, wurde in zweiter Instanz zu sieben Monat Gefängnis wegen Bismarck- und Beamtenbeleidigung verurtheilt. — Der dritte Redakteur der „Halberstädter Freien Presse“, Partsch, wurde ebenfalls verhaftet. — Genosse Körner in Berlin, wegen Verdachts mit Robiling verkehrt zu haben, verhaftet, wurde entlassen und die Untersuchung eingestellt.

— Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ berichtet aus Kiel, 12. Juli: Die Königl. Staatsanwaltschaft theilt uns soeben mit, daß sie auf Grund des § 23 Nr. 3 des Preßgesetzes die an uns adressirte, mit der Post hier angelangte Nr. 25 des in Chicago erscheinenden „Vorboten“ unterm 9. d. M. beschlagnahmt habe, und daß diese Beschlagnahme unterm 10. von der Strafammer des hiesigen königl. Kreisgerichts bestätigt worden ist. Welcher Artikel der genannten Zeitung zu der Beschlagnahme Veranlassung gegeben hat, ist uns nicht bekannt.

— Ein Cretin. Der Direktor des Zoologischen Gartens in Berlin, Herr Bobinus, hat eine Correspondenzkarte aus Straßburg in Elsaß vom 3. Juli erhalten, welche die Redaktion unseres Berliner Parteiorgans eingesehen hat. Der Inhalt derselben, von einer Kaufmannshand fein und zierlich geschrieben, lautet:

„Geehrter Herr!

Darf ich Sie im Interesse der ganzen Menschheit bitten, ein Jahr lang Ihre Schutzbefohlenen mit Sozialdemokraten zu füttern. Das einzige Universalmittel, diese Königsmörder zu vertilgen. Ich finde, die Hand eines Scharfrichters ist zu schade, sich an diesen Auswüchsen zu befleißigen. Die Würde der Hande durch Engelgüte zu regieren, ist verlorne Mühe. Ich hoffe, daß Sie mir Recht geben. An der Spitze aber vertilgen Sie die Herren Reichstagsabgeordneten, die an allem Elend schuld sind.

R. R.“

Uebrigens, wenn es so weiter geht mit der Gehirnverpflanzung in Deutschland, so werden die sozialistenfresserischen „Ordnungsmänner“ bei dem Nashorn im zoologischen Garten bald angelangt sein, und Herr Bobinus wird andere „Schutzbefohlene“ mit — Heu und Stroh zu füttern haben.

Correspondenzen.

Frankfurt a. M. Am 8. Juli hielt Hr. Sonnemann (der, in Folge der Ablehnung Holthoff's und Anderer, bei seiner Weigerung, nochmals ein Mandat anzunehmen, nicht verbarren konnte) in der Versammlung des „demokratischen Vereins“ seine Candidatenrede. Aus derselben interessirt uns besonders folgende Stelle, die wir nach dem Referat der „Frankfurter Zeitung“ wiedergeben:

„Was die Volkspartei angeht,“ bemerkte Herr Sonnemann, „so habe sie es sich zum Prinzip gemacht, diesmal nur da einen Kandidaten aufzustellen, wo eine entschiedene frei-

ebenfalls betrachtet er auch die ihm sodann vorgelegten Patronenkugeln und nicht höhnisch lachend.

Vors.: Sie hatten noch 16 Patronen, woher diese Zahl?

Angell.: Sie waren gerade übrig von dem Viertelhundert, welches ich besaß.

Vors.: Hier sind die 2, welche herausgenommen worden sind, dies sind die 4 Hülsen von den abgeschossenen Patronen und hier sind noch 13 ganze Patronen von denen, welche Ihnen abgenommen sind, 3 sind zu Versuchen, welche Herr Wächsmacher Barrella angestellt hat, verwendet worden. — Es ist nun von Leuten bekannt worden, daß Sie „Unter den Linden“ hinter einem Wagen stehend auf die kaiserliche Equipage gewartet haben?

Angell.: Das weiß ich nicht.

Vors.: Sie sollen dann hinter dem Wagen hervortretend, den Revolver auf Se. Maj. den Kaiser gerichtet, geschossen haben?

Angell.: Ist mir nicht erinnerlich.

Vors.: Haben Sie die Equipage des Kaisers gar nicht gesehen?

Angell.: Nein. (Bewegung.)

Vors.: Sie sollen dann über den Fahrweg gelaufen und ein zweites Mal geschossen haben.

Angell.: Weiß ich nicht.

Vors.: Dessen erinnern Sie sich nicht?

Angell.: Nein!

Vors.: Sie sind dann unter der eisernen Stange durchgedrungen und weiter gelaufen und haben noch zweimal auf die Verfolger geschossen. Wissen Sie das?

Angell.: Nein!

Vors.: Sie haben den Revolver dann fortgeworfen, und dieser ist von einem gewissen Heider aufgehoben worden. Weshalb Sie gestohlen sind, können Sie uns das nicht sagen?

Angell.: Ist mir gar nicht erinnerlich.

Vors.: Der Umstand, daß Sie stoben, läßt Ihre Angabe, daß Sie sich selbst erschießen wollten, zweifelhaft erscheinen. Können Sie uns darüber nicht Auskunft geben?

Angell.: Nein!

Vors.: Sie sollen auch verschiedene Aeußerungen gemacht haben, welche darauf hindeuten, daß Sie die Absicht hatten, Se. Maj. zu tödten. So erkundigt Sie sich am 27. April d. J. bei dem Buchdruckergehilfen Bötsch, den Sie in der Passage kennen gelernt hatten, und mit dem Sie dann nach den Geratweil'schen Bierhallen gingen, und fragten: wann der Kaiser ausfähre?

Angell.: Ist möglich.

Vors.: Fünf Tage vor dem Attentat sollen Sie sich bei dem Schlossergesellen Krüger erkundigt haben, ob der Kaiser in einem offenen oder verdeckten Wagen spazieren fahre und welchen Weg er gewöhnlich nehme?

Angell.: Diese Personen kenne ich gar nicht und weiß auch gar nichts von der ganzen Rederei.

Vors.: Am 6. Mai haben Sie bei dem Photographen Dietrich

heitsfeindliche Richtung gegenüberstehe, und selbst bei guter Aussicht einem entschiedenen Fortschrittsmann oder Sozialdemokraten keinen Kandidaten gegenüberzustellen, da gemeinsame Gegner zu bekämpfen seien. So sei man in Frankreich nach dem 16. Mai verfahren. Von einem Bündniß oder einem Kompromiß mit andern Parteien könne dabei keine Rede sein. Derartige Kompromisse mit andern Parteien seien von der Vertrauensmännerversammlung in Heilbronn ausdrücklich verworfen worden. Im Ganzen würde die Partei etwa 20 Kandidaturen aufstellen, worunter viele in Württemberg, wo sich die besten Männer zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärten. Hoffentlich würden die anderen freisinnigen Parteien, der entschiedene Fortschritt und die Sozialdemokratie, das Beispiel der Volkspartei befolgen und diese nicht da bekämpfen, wo sie mehr Aussicht habe als jene, vielleicht blos um ihr ein Mandat abzugeben, während sie viel Mühe in anderen Wahlkreisen dadurch die Unterstützung der Volkspartei verlieren würden.

So Herr Sonnemann über die Wahltaktik der Volkspartei andern Parteien gegenüber. Was er über dieselbe hier sagt, kann unter den obwaltenden Verhältnissen nur unsere Billigung haben. Gemäß diesem Programm hat die Volkspartei in Nürnberg ihre Kandidatur Kröber zurückgezogen, aber ebenso hat unsere Partei in Fürth-Erlangen die Kandidatur Böwenslein zu Gunsten Sonnemanns zurückgezogen.

Stuttgart, 8. Juli. In der hiesigen konservativ-liberalen Zeitung, „Neue Zeitung“, die sich im Allgemeinen ziemlich scharf gegen die Sozialdemokratie ausspricht, bringt ein nichtsozialistischer Arbeiter, Paul Hermann aus Tübingen, ein „Eingekandt“, welches wir hier mittheilen wollen: „Alle Mann auf den Platz!“

— Unter dieser Ueberschrift bringen Sie in Beilage zu Nr. 148 Ihrer geschätzten Zeitung einen Mahnruf an das deutsche Volk, aus der Feder eines der namhaftesten schwäbischen Gelehrten. Im Hinblick auf die unparteiische Haltung Ihrer Zeitung darf ich mir doch wohl erlauben, zu jenem „patriotischen Aufschrei“ einige Worte zu bemerken. Der gelehrte Herr Verfasser hat es sich viel Mühe kosten lassen, um darzulegen, in welcher Gefahr Staat und Gesellschaft demalsten sich befinden; wie die ganze staatliche Ordnung, in ihren Grundfesten erschüttert, dem unvermeidlichen Zerfall entgegengehen müsse, wenn nicht rechtzeitig zu demjenigen Rettungsmittel gegriffen werde, welches er als das von so Vielen geforderte und allein wirksame glaubt andeuten zu müssen. Als sichtbares Zeichen und Anfang des drohenden Unheils führt der Herr Verfasser die beiden Attentate auf den Kaiser an, für welche nur die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen sei als diejenige Partei, deren frevelerisch Bestreben einzig und allein das gefahrbringende Element in sich begreife und deren Hunderttausende nichts anderes seien als „Mord- und Umsturzgesellen“, welche in unerhörter Frechheit als Menschen sich betrachten wissen und als solche fortexistiren wollen. — Diese Partei also sei es, die am empfindlichsten zu maßregeln, oder noch besser mit Stumpf und Stiel auszurotten sei. Hierzu werden gesetzliche Ausnahmebestimmungen nöthig, vor welchen man nicht zurückzuschrecken brauche, da sie ja nur die arbeitende Klasse betreffen. Diese Gesezumorgelung sei die Arbeit des künftigen Reichstags. Darum trete an Jeden, der in „Mord und Umsturz“ noch ein Verbrechen erblicke, die Aufgabe als Pflicht und Ehrensache heran, den Reichstag nur mit solchen Männern zu besetzen, die zu Allem, was zur völligen Unterdrückung und zum Mundtodtmachen der Unzufriedenen von der ausübenden Staatsgewalt anzuwenden für gut befunden werde, „Ja und Amen“ sagen. — Das nur, meint der ehrenwerthe Herr Verfasser und die mit ihm mehr oder weniger Gesinnungsverwandten, sei das Mittel, dessen Anwendung Staat und Gesellschaft vor nahendem Verderben bewahren könne.

Dem gelehrten Herrn Verfasser, der von seiner Studirstube aus die Welt und die Menschen wie durch ein Fernrohr zu betrachten scheint, mag es wohl dünken, daß die gesellschaftlichen Schäden in solcher Weise zu kuriren seien. — Anders aber erscheinen die Dinge dem, der selber auf dem niedrigen Standpunkt der vielgeschmähten Klasse steht, dessen körperliche Existenz

in der Commandantenstraße Bilder bestellt u. (S. Anlage.) Was sollten solche Aeußerungen?

Angell.: Das hab' ich gar nicht gesagt.

Vors.: Wenige Tage vor dem Attentat sind Sie vor dem Schaufenster des Waffenhändlers Demmler an den dort stehenden Kaufmann Kallischer herantreten. (S. Anlage.) Haben Sie solche Fragen gethan?

Angell.: Nein.

Vors.: Das bestreiten Sie also auch?

Angell.: Ja.

Vors.: Am Tage des Attentats sprachen Sie im Thiergarten mit dem Drehorgelspieler Schüp (S. Anlage).

Angell.: Ich bin nicht zu dieser Zeit im Thiergarten gewesen. Ich habe nachgewiesen, wo ich war.

Vors.: Auch diese Zeugen sagen also die Unwahrheit. Am 18. Mai sprachen Sie in der Haft mit dem Aufseher Sohneil und sagten (S. Anlage).

Angell.: Das ist Wortverdreherei. Ich habe nicht darauf hinweisen wollen, daß ich auf den . . . , auf Se. Maj. den Kaiser habe schießen wollen. (Bewegung.)

Vors.: In dem Briefe, den Sie an Ihre Eltern gerichtet haben — er ist bei den Akten, er ist nicht abgesandt, schreiben Sie: „Es thut mir leid u.“ (S. Anlage.)

Angell.: Gewiß thut es mir leid, daß ich nicht getroffen habe. Die Unterschrift: „Attentäter Sr. Majestät des Kaisers“ ist ironisch, sie steht ja auch in Gänsefüßchen, ich bin ja dadurch gebrandmarkt zu Etwas, was ich nicht bin.

Vors.: Vorhin sagten Sie, Sie hätten nicht auf Se. Majestät schießen wollen, und jetzt äußern Sie Ihr Bedauern, daß Sie nicht getroffen haben. Wie stimmt das?

Angell.: Ja gewiß thut es mir auch noch leid, ich wollte mich ja selbst erschießen.

Vors.: Was bedeutet aber Ihre Aeußerung: „Noch ist Polen nicht verloren?“

Angell.: Da muß ich erst den Sinn vom ganzen Satz hören, ehe ich darauf Etwas sage.

Vors.: Ueber Ihre persönlichen Verhältnisse haben Sie angegeben, daß Sie von Ihrem 12. Jahre an in einer Besserungsanstalt zu Reiz untergebracht waren. Erkennen Sie das an?

Angell.: Ja gewiß.

Vors.: Sie waren dann vom 14. Jahre an u. f. f. (S. Anlage). Ist das so?

Angell.: Ja wohl.

Vors.: Im Jahre 1876 haben Sie die Klempnerei aufgenommen und sind als Abonnementjammeler sozialdemokratischer Blätter thätig gewesen.

Angell.: Ja, einestheils ist das richtig.

Vors.: Weshalb verließen Sie Ihr Handwerk? Sie waren ja ein geschickter Klempner.

Angell.: Zu meinem Vergnügen.

Vors.: Am 11. März d. J. haben Sie Ihrer Mutter 40 Mark

lediglich vom Stand der Industrie und vom Gang der Geschäfte, oder aber von der Gnade und Ungnade eines Einzelnen, der sich jeweilig seinen Brodherrn nennt, abhängt. Wer das Leben der unteren Volksschichten (namentlich in Fabriksdistrikten) in vollem Umfang durchgeföhlet hat, der nur weiß, welche schwerer Druck auf dieser Klasse von Menschen lastet, und mit welcher bewundernswürdigen Geduld das Gros der Unglücklichen ihr herbes Geschick, Hunger und Kummer, trägt; der weiß aber auch und sieht es ein, wohin es führen müßte, wenn er that- und gedankenlos sich leiten ließe, und weiß, daß er nicht, wie der Herr Verfasser meint, Andere für sich denken lassen kann, sondern daß er selbstständig denken und handeln muß trotz aller Ausnahmegeetze und eben wegen dieser. Gerath aber einer bei selbstständigem Denken nicht in die Hände der Sozialdemokratie, so ist dies wahrlich solchen Rathworten, wie sie in Nr. 147 der „Neuen Zeitung“ zu finden sind, nicht zuzuschreiben. Denn der Herr Verfasser dieser Rathworte unterscheidet sich in Ton und Sprache wenig von einem sozialistischen Agitator, ja er übertrifft in Verbtheit des Ausdrucks noch einen solchen. — Wenn Gelehrte, die Repräsentanten der Bildung, im Tone des Herrn Verfassers den Klassenhaß predigen, darf man sich dann noch wundern, wenn gänzlich Ungebildete und von Grund auf Verwahrloste sich so äußern, daß ein Majestätsverbrechen daraus wird? Was gehört dazu? Ein Wort und das Majestätsverbrechen ist fertig! — — Zumal bei einem in voller Blüthe stehenden Denunziantenthum, wie es der Herr Verfasser wünscht, wenn er sagt: jeder gutgefahnte Bürger müsse sich als „eingeschworener Konstabler“ betrachten.

Sieht man aber die Sache genauer an, so fragt man sich: Gebietet oder rechtfertigt die ruchlose That eines verlotterten, gesinnungslosen, von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgeschossenen Subjektes, wie es Höbel ist, die nur in dem verbrannten Hirn eines mehr oder weniger Berrückten, wie es Robiling sein soll, Nachahmung finden konnte, gebietet eine solche That, daß man Hunderttausende ihrer politischen Rechte beraubt? — Rechtfertigt sie all die Schmähungen, mit welchen man tagtäglich eine große Partei und mit dieser den ganzen Arbeiterstand überschüttet? — Und kann man es glauben, daß die Sozialisten zur Verwirklichung und Verschleimung ihrer Wünsche sich eines eben so verwerflichen als zwecklosen Mittels, wie das eines Attentats, bedienen? Gewiß nicht! — Denn läge ein solches in ihrer Taktik, dann wäre die Partei das nicht geworden, was sie heute thathächlich ist: eine wohlorganisirte, weitverzweigte Genossenschaft, die in gar vielen Punkten Wohlberechtigtes und höchst Nothwendiges anstrebt. Das ist sie. Nicht aber eine „schwarze Bande“ von „Mord- und Umsturzgesellen“, wie sie der Herr Verfasser darzustellen sucht.

Und wozu wird der Vernichtungskampf gegen diese Partei geführt? — Schützen Gesetze vor Attentaten? — Räumen Versammlungsorte, Verhaftungen, Gefängnisstrafen und Aussperrungen von den Fabriken die sozialistische Idee aus dem Lande? Werden all diese und ähnliche Maßnahmen den Nothstand beseitigen und das Volkwohl fördern? — Sie werden es nicht! — Aber sie werden ihre Rassen noch mehr gegen ihre wahren und vermeintlichen Bedrücker aufreizen, sie werden eine Erbitterung hervorrufen, die im Verborgenen furchtbare Rache erbrütet. Werden auf der einen Seite eingebend des Rathes: „Landgraf werde hart!“ berechtigte Forderungen zurückgewiesen, so bleibt auf der andern Seite unvergessen: „Der Gott der Eifen wachsen ließ —“ und es wird weiter schallen, so wie es E. R. Arndt in bedrängter Zeit für alle Zeiten gelungen hat:

„Dem Junker und dem Knecht die Axt!

Der nähere Kräh'n und Raben!“ — —

Mit reaktionären Gesetzen und rohen Gewaltmitteln heißt man soziale Krebsgeschäden ebensowenig, als man irreführende Arbeiter mit Schmähschriften voll Unwahrheiten und Entstellungen auf den Weg der Vernunft zurückbringt. Sieht sich aber der dem Hohn und der Verachtung preisgegebene Arbeiterstand von den herrschenden Klassen mehr und mehr unter die Füße ge-

entwendet und eine Reise nach Reiz gemacht und dabei Trier be-

rührt. Zu welchem Zweck machten Sie diese Reise?

Angell.: Ich hatte Gustav Rasch's Buch gelesen: „Die Preußen in Elsaß-Lothringen.“ Ich las die Darstellung der Verhältnisse (in lautes Lachen ausbrechend) und da wollte ich mir eben die Verhältnisse selbst ansehen.

Vors.: Also nur um des Vergnügens willen, oder haben Sie auch dort agitirt?

Angell. (laut lachend): Ja gewiß, ich habe ganz riesig agitirt. (Bewegung im Publikum.)

Vors.: Am 11. April sind Sie nach Leipzig zurückgekehrt und bis zum 24. April dort verblieben. Da sollen Sie Ihre Mutter wieder bestohlen haben und zwar um erheblichere Summen, mit denen Sie sich hier unterhalten haben. Sie haben auch eine Spieluhr gekauft und diese in den Vokalen, in denen Sie colportierten und agitirten, spielen lassen. — Welchen Vereinen haben Sie hier angehört?

Angell.: Keinem. Oder das sind wenigstens keine sozialdemokratischen Vereine, denen ich angehört habe.

Vors.: Nun welchen denn?

(Schluß folgt.)

— Wieder zwei Renegaten. Der bekannte Dr. Ferd. Götz zu Lindenau, einer der größten Turnkrieger und „Demokraten“ aus den Jahren 1859—1870, ist im 13. sächsischen Wahlkreis für die Wahl eines völlig reaktionären Menschen (eines gewissen Dieke, Rittergutsbesizers auf Pomßen) eingetreten. Dieke wird im Reichstage der konservativen Partei beitreten. (Eine am letzten Mittwoch von Götz in einer Wählerversammlung zu Großschöcher gethane Aeußerung: „er an maßgebender Stelle hätte Johann Jacoby in's Karrenhaus stecken lassen“, ist geeignet, ein Bild des Mannes zu geben.) — Schuldirektor Pache in Lindenau, früher in Jittau, intimer Freund von Dr. Max Hirsch, der den Arbeitern jahrelang gewerkvereinerische Weisheit in Jittau gepredigt hat, ist dem Beispiele seines Freundes Götz gefolgt. Beide „Demokraten“ himmen und agitiren für einen Reaktionär! Wir bringen diese Thatfachen im „Vorwärts“ nur deshalb, damit den auswärtigen Freunden dieser Felder ein solches Renegatenhum nicht unbekannt bleiben möge. Einzelne ehrenwerthe Demokraten wird es doch wohl noch geben, die ob der Freundschaft mit diesen Leuten nunmehr erröthen werden. — Hierbei sei erwähnt, daß man auch den Dr. Heine (Blagwitz) unter das Dieke'sche Comité gefest hatte, doch besitzt dieser Fortschrittsmann noch so viel Ehre, daß er in öffentlicher Erklärung sich den Mißbrauch seines Namens verbittet.

treten, so wird nur um so früher zur Wahrheit, was der ge-
feierte Freiligrath mit prophetischem Geiste vorausah: „Der Boden birgt, ausschlägt die Bluth und sprengt Dich trachend
in die Luft!

Wir aber steigen feuerfest aufwärts an's Licht aus unserer Gruft!
Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morsche Ding,
den Staat,

Die wir von Gottes Horne sind bis jetzt das Proletariat! —
So kommt es! — Und gleichwie die Kommandanten jener
beiden Panzerschiffe, nachdem es zu spät war, nichts vermochten,
um der verhängnisvollen Katastrophe auszuweichen — so auch
werden die Lenker des reaktionären Staatschiffs nichts ver-
mögen, um es vor einem verderbbringenden Zusammenstoß mit
dem schwerbelasteten Koloss empörter Volksmassen zu sichern.

Das ist es, was ich Ihnen, geehrter Herr Redakteur, mit
der höflichsten Bitte zustelle, bei Beurtheilung dessen den Maß-
stab der Kritik nicht allzustreng anlegen und nicht vergessen zu
wollen, daß es ein Arbeiter ist, der es geschrieben, ein Arbeiter,
der nichts schändlicher wünscht, als: eine friedliche und möglichst
zufriedenstellende Lösung der drohenden Wirren — das ist der
Wunsch so gar vieler.“

Selbst die „Neue Zeitung“ kann nicht umhin, diesen ruhigen,
vernünftigen Ansichten ihr Lob zu ertheilen.

Zforzheim. Am 8. Juli hielten wir hier selbst eine zahlreich
besuchte Wählerversammlung ab, in der Genosse Lehmann über
die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Derselbe wies nach,
wie es hauptsächlich der Reichsregierung darum zu thun sei, in
dem kommenden Reichstag über eine gefügige Majorität zu ver-
fügen, um alsdann die indirekten Steuern zu erhöhen und neue
einzuführen, das Tabakmonopol für sich in Anspruch zu nehmen
und hauptsächlich dem Militär-Etat neue Mittel zuzuführen.
Hauptsächlich hätten die Attentate, mit denen die Sozialdemo-
kratie thatsächlich nichts zu thun habe, die Handhabe zur Verfolgung
unserer Partei gegeben. Als Redner wiederholt auf die Atten-
tate zu sprechen kam, erforderte sich der die Versammlung über-
wachende Beamte mit der Bemerkung, daß wenn Redner noch-
mals die Attentate berähre, er die Versammlung auflösen werde.
Redner sprach nun über die Ausnahmegeetze und wies nach,
wie solche Maßregelungen immer in das Gegentheil umgeschlagen
seien. Nach Schluß des Referats wurden die zahlreich anwesen-
den Gegner wiederholt aufgefordert, ihre Ansichten auszusprechen
— aber vergeblich. Es wurde hierauf Drechsler August Bebel
in Leipzig als Reichstagskandidat einstimmig proklamirt und mit
allgemeinem Bravo die Versammlung geschlossen.

W. B.

Hausdorf (bei Olaz in Schlefien). Bei unserem Genossen
A. fand am 8. Juli auf Requisition des Olazer Staatsanwalts
Haussuchung statt. Der Gensd'arm und Ortsvorsteher gaben sich
alle Mühe, die keine Wohnung genau zu durchsuchen. Betten,
Brotschrank, Kaffeeküche, Ofen, Wasser- und Kaffeefrage wurden
auf's Sorgfältigste untersucht. Als Ausbeute hatten die Herren
schließlich die Nr. 78 des „Vorwärts“, einige alte Abonnements-
quittungen und 10 Flugblätter von der letzten Wahl zu ver-
zeichnen. Die Flugblätter hatte Genosse A. erst vor 3 Monaten
vom Kreisgericht in Olaz wieder zurückerhalten. Die Neugierde
wird nun wohl befriedigt sein. — Mehrere Fabrikanten wollen
die sozialistischen Arbeiter entlassen, wenn dieselben nicht aus der
Partei treten; es sind dies die Lederfabriken von Heil, Reichardt,
die Rammgarnspinnerei Worms-Bittigheim (Filiale).

Darmstadt, 10. Juli. Bezugnehmend auf die vielen Beein-
flussungen der Wirthe in Betreff der Abonnements auf die
sozialistischen Zeitungen erlaube ich mir eine kleine Ermahnung
an alle Wirthe, denen die Pfennige der Arbeiter noch etwas
werth sind, zu richten. Wir sehen neuerdings, daß die Wirthe-
schaften, in welchen sozialistische Blätter aufliegen, bei der heu-
tigen Sozialistenhege ebenfalls auf die Hellscheibe gesetzt werden
und dadurch manchmal der gänzliche Ruin der besten Geschäfte
herbeigeführt wird. Es wird nämlich den Soldaten von Seiten
ihrer Behörde der Besuch jener Wirthe verboten, welches
jedoch die Wirthe nicht zu geniren braucht, indem es grade
Wirthe sind, welche ihre Existenz nicht durch das Militär,
sondern durch die Arbeiter und Kleinbürger haben. Es giebt
aber Wirthe, welche sich von einigen reichstreuern Gästen er-
schrecken lassen und eiligt, ohne die Weisheit ihrer Gäste zu
fragen, das rothe Gepest aus ihren Wirthechaften verdrängen.
Trotzdem nun die Arbeiter jene Wirthechaften nicht mehr be-
suchen, wird dem Militär doch auch ein solches Lokal verboten.
Man bleibe doch wenigstens seinen Gästen gegenüber unparteiisch
und suche auch den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Ich
halte für meine konservativen und liberalen Gäste zwei bis drei
Zeitungen, aber auch für meine sozialdemokratischen Arbeiter
den „Vorwärts“. Und so richte ich mich nach meinen Gästen,
und können mich weder Polizei, noch einzelne Bauaufseher be-
einflussen. Mein Motto ist und bleibt: „Gleiches Recht für
Alle.“

Waldenburg, 8. Juli. Zum Kapitel der Wahlfreiheit wird
der Breslauer „Wahrheit“ von hier geschrieben: „In den
Fabriken und Gruben werden die Arbeiter direkt gezwungen,
durch Namensunterschrift zu bekunden, daß sie bei der Wahl nur
dem Fürsten von Pleß ihre Stimme geben. In allen Orts-
schaften circuliren Listen, wodurch die Bürger ebenfalls aufge-
fordert werden, durch ihre Unterschrift sich für den Fürsten zu
erklären. Allgemeine Heiterkeit ist dadurch schon hervorgerufen
worden, wenn offiziell gekannte Ultramontane, Fortschrittler etc.
in dem Verzeichniß floriren, wodurch es klar und deutlich zu
Tage liegt, daß die Beauftragten fürstlich belogen sein wollen,
ebenso wie es den Fabrik- und Grubenbesitzern damit ergeht.
Man weiß nicht recht, was die Herren mit ihren Maßnahmen,
welche auf den „Umsturz“ des Wahlgesezes, das ja bekanntlich
geheime Wahl vorschreibt, bezwecken wollen. Nur die Aller-
dümmsten werden durch dieses Wanderverfahren gefangen werden,
die anderen werden unterschreiben und hinterher doch wählen, wen
sie wollen, nicht wen die „Herren“ wollen.“

Kray (bei Esen a. d. R.). Am 15. Juni wurde dem Berg-
mann J. Schröter, welcher an 24 Jahre auf der Zeche ge-
arbeitet, gekündigt. Auch einigen andern Parteigenossen wider-
fuhr dasselbe. Alle anderen konnten jedoch wieder bleiben, nur
Schröter mußte gehen. Derselbe hat Frau und 3 Kinder zu
erzähren und ist selbst schwindsüchtig. Der Mohr hat seine
Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen. Trotz aller Be-
mühungen ist es Schröter nicht gelungen, auf anderen Bechen
Arbeit zu erhalten. Wird der Mann durch solche Maßregeln
vom Sozialismus kurirt? Sicher nicht.

Arnstadt, 9. Juli. Gestern Mittag nach 1 Uhr wurde hier
bei Genossen Hägerich Haussuchung gehalten. Die betreffende
Commission gab an, Nachforschungen darnach anstellen zu müssen,
ob die 1875 aufgelöste Polzarbeiter-Gewerkschaft noch weiter
fortbestehe oder nicht. Das Resultat des Suchens war erstens
der Ortskämmerer der betreffenden Gewerkschaft, und zweitens zwei
harmlose Einladungskarten für Damen zu einem Gewerkschafts-
festungsfest von 1874. Dies war Alles, was man für werth-
voll hielt und in Folge dessen mitnahm. — Unser „Intelligenz-

blatt“ vom Sonntag bringt in seiner Unterhaltungsbeilage einen
Witz aus dem Berliner „Mf“, betitelt: „Ein parlamentarisches
Zukunftsbild“. Mit dem Abdruck des Witzes schlägt sich aber
unser liberale Partei geradezu selber in's Gesicht. Valentin,
der bekannte Schlußmacher, wird nämlich in diesem parlamen-
tarischen Zukunftsbild ganz gehörig lächerlich gemacht, aber trop-
dem wird ungenirt nachgedruckt, obgleich damit auch die Wähler
Valentins der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Zwei Legis-
laturperioden hindurch hatte Valentin sein Amt als Vertreter
unseres Wahlkreises zur größten Zufriedenheit seiner Wähler
versehen, jetzt, da man ihn nicht mehr braucht, sucht man ihn,
gleich dem Berliner „Mf“, lächerlich zu machen. Da weiß man
wirklich nicht, was man dazu sagen soll.

Pausa i. Foigt. Unser Genosse Nagler, Redakteur der
„Neu. Fr. Pr.“, hat eine fünfwöchentliche Strafhaft im hie-
sigen Gerichtsgefängniß angetreten. Die Verurtheilung geschah
in Folge einer Rede, welche Nagler in Pausa über das Christen-
thum und den Sozialismus gehalten hatte. Nagler befindet
sich nun in einer bedauernswerthen Lage. Von den den politischen
Inhaftirten sonst gewährten Erleichterungen der Haft wird ihm
keine einzige gewährt, so daß er gleich dem gemeinen Verbrecher
die Gefängnißkost genießen muß. Auch jede Unterstützung in
Geld wird ihm vorenthalten, so daß er selbst sich auch keine Er-
leichterung der Haft verschaffen kann.

Burzen, 2. Juli. Mitte Juni d. J. entließ die hiesige Firma
Wilhelm Hartenstein einen Arbeiter, welcher 42 Jahre ununter-
brochen in diesem Geschäfte gearbeitet hatte; die Gründe dazu
waren, weil derselbe zu alt und nicht mehr mit den jüngeren
Leuten konkurriren, oder mit andern Worten gesagt, um die
Wette arbeiten könne. Die Chefs der betreffenden Firma heißen
Wähler und Loßow. Derselbe Arbeiter wurde am 26. März 1870
auf Befehl des Königs von Sachsen mit der großen silbernen
Medaille (für Treue und Fleiß) decorirt, er ist 59 Jahre alt,
hat seine ganze Lebenszeit im Dienste dieser Herren zugebracht
und hat, man staune, in diesen 42 Jahren 8 Mark Lohn pro
Woche bezogen. Dabei ist er noch tüchtig und kann die schwerste
Arbeit verrichten. Nicht einmal Aussicht auf Wiederanstellung
haben genannte Ehrenmänner diesem Arbeiter versprochen. Nun
sitzt derselbe auf seinen alten Tagen mit seiner Familie zu Hause
ohne Brod und ohne Geld, hat sich redlich geplagt und geschun-
den und muß nach 42jähriger Dienstzeit Hunger leiden. Denken
Sie aber nicht, daß derselbe sozialdemokratische Gesinnungen ge-
hegt hätte; diese hat derselbe gar nicht gekannt, viel weniger
begriffen, und ist der konservativste und loyalste Arbeiter, welchen
es nur geben kann. Diese einfachen Worte charakterisiren das
erlogene heuchlerische Wesen unserer Besizenden besser als lange
Auseinandersetzungen.

Forms, 8. Juli. Die Wahlagitation ist hierorts noch nicht
in Fluß gekommen, es erscheint überhaupt unbestimmt, ob Heil
wieder candidiren wird. Wie wir hören, soll demselben der
fortschrittlich-demokratische Landtagsabgeordnete Edinger gegen-
über gestellt werden. Da derselbe sich entschieden gegen alle
Ausnahmegeetze ausgesprochen, auch sonst unsere Partei im
Stadtrathe öfters in Schutz nahm, so sind einige Genossen der
Ansicht, demselben ihre Stimme zu geben. Bis jetzt haben wir
noch keinen sozialistischen Candidaten aufgestellt. Da durchaus
keine Aussicht vorhanden, einen sozialistischen Abgeordneten durch-
zubringen, so wird wohl die Majorität sich für Edinger erklären,
denn jeder ehrliche Mann muß uns jetzt willkommen sein, wenn
er sich nicht gegen uns wendet.

Verden, 10. Juli. Gestern wurde hier bei etwa 20 Partei-
genossen Haussuchung gehalten. Dieselbe soll auf Requisition
der Hamburger Staatsanwaltschaft stattgefunden haben, um Loose
von der Londoner Tombola ausfindig zu machen. Es ist, wie
ich höre, eins dieser Loose gefunden worden. Bei mir haben
sie zwei Postheime mitgenommen, der eine über eine Geldsen-
dung an Geib, der andere über einen eingeschriebenen Brief an
Derossi. Abends, als ich von der Arbeit kam, fanden schon
wieder zwei Polizisten vor meiner Wohnung. Dieselben sagten
nun, sie hätten bei einem andern Genossen eine Wahlsondliste
gefunden, worauf von mir 10 Mk. quittirt seien, und sie wüßten
ganz bestimmt, daß ich auch heute Geld nach Hamburg geschickt.
Ich sollte den Postheime hergeben, widrigenfalls sie sich an die
Staatsanwaltschaft wenden würden, und diese würde dann die
Blätter von der Post verlangen. Ich erinnerte mich nun, im
„Vorwärts“ gelesen zu haben, daß Sammlungen zu Wahl-
zwecken erlaubt seien; ich erwiderte deshalb, daß ich wohl Geld
weggeschickt, den Postheime aber nicht mehr hätte. (Im Wahl-
gesez ist nichts über Geldsendungen enthalten, jedoch sind Privat-
sammlungen zu Wahlzwecken erlaubt, öffentliche Sammlungen
gehören unter die Collecte und bedürfen der polizeilichen Er-
laubnis.)

Musau, 8. Juli. Wie überall, so fängt man auch hier an,
die Arbeiter durch Maßregelungen über das „Verwerfliche“
ihrer Gesinnung zu belehren. In der Fabrik des Herrn
Anton Merkel wurde drei Weibern gekündigt; zwei davon
liefernten ihre angefangenen Stücke ab und gingen sogleich, ver-
sehen mit den besten Zeugnissen. Die Arbeiter werden sich die
Firma Anton Merkel fest ins Gedächtniß einprägen.

Plauen. Der nun immer mehr in den Vordergrund tretende
Wahlkampf verspricht äußerst lebhaft und interessant zu werden.
Die drei aufgestellten und dem Volke mit schwülstigen Phrasen
empfohlenen „Ordnungscandidaten“ fangen schon langsam an auf
einander loszutrommeln, dabei aber immer betonend, der Andere
habe bereits den Anstand verlegt und den früheren „Abmachungen“
entgegen die „Ruhe“ gestört und dadurch Anfeindungen provocirt.
Am drohlichsten aber geredet wird der sehr gelehrte „Dr.“ Werner,
der von sich selbst rühmt, er habe „ein solches Rednertalent,
wie es die Stadt Plauen noch nie das Vergnügen zu hören ge-
habt“, wörtlich) und er hält es für seine Pflicht, solches den
Wählern des 23. Wahlkreises mitzutheilen. Die Industrie, der
Handel, der Ackerbau, Alles wird, wenn wir diesen „Doktor“
wählen, in noch nie gekannter Weise aufblühen. Ja, ja, das
Versprechen goldener Berge vor den Wählern kennen die Wähler
schon, es wird sich damit auch Niemand fangen lassen, darum
tragen wir nicht die geringste Sorge. Auch der Anzeiger titu-
lirt uns jetzt auf einmal „ehrenhafter Arbeiterstand“ u. s. w.
Das ist vor der Wahl, nach dieser aber wird wieder die
„rohe und verwilderte Rasse“, nicht wahr? Eure Locken sind
umsonst, spart eure Mühe. Wir kennen ja die Wölfe in Schaf-
kleidern. Die Arbeiter wissen, wer für ihre Interessen stets
gekämpft und gestritten hat und allen Verleumdungen und Lügen
zum Trotz weiter das Ziel verfolgen wird: Befreiung der
Menschheit von jeder Unterdrückung und Sklaverei, und das ist
die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Goldk. Am vergangenen Montag hatten wir das Ver-
gnügen, den Candidaten der „Ordnungspartei“, Hr. Dr. Frege,
in einer Wählerversammlung zu hören. Die Herren Ordnungs-
männer waren auch diesmal wieder so schlau, Karten auszu-
geben, was jedoch nicht verhinderte, daß sich auch Sozialisten
eingefunden hatten. Auf ein spezielles Eingehen auf den Vor-
trag von Dr. Frege verzichteten wir, denn wir bezweifeln nicht,

daß jeder halbwegs vorurtheilsfreie Mann den Eindruck mit
hinweggenommen hat, daß die ganze, mit Phrasen gepickte Rede
des Hr. Dr. Frege eine Veimruthung zum Einfangen von Wählern
für die conservative Partei war. Man muß es geradezu lächerlich
finden, wenn Dr. Frege unter Anderem erklärte, daß er mit Fort-
setzung der kostspieligen Kasernenbauten nicht einverstanden sei.
Ja ja, Ihr Herren, das seid Ihr Euren Wählern gegenüber
nicht, aber im Reichstag! — ja, Bauer, das ist was ganz
Anderes! Gerade die conservative Partei ist es, die da sagt:
Herr, Dein Wille geschehe! Daß die sogenannte „Ordnungs-
partei“ ihren Namen in der That verdient, mußte ein liberaler
Wähler, welcher sich hinter dem Ofen placirt hatte, erfahren;
derselbe wollte dadurch, daß er im Laufe des Vortrags die Be-
merkung machte, „das soeben Gesagte habe in der Gartenlaube
gestanden“, seine Zustimmung ausdrücken. Aber das wäre ihm
beinahe abel bekommen, denn sofort erhoben sich Stimmen mit
dem Rufe: „Naus, naus mit ihm!“ Natürlich löste sich der
Zwischenfall in allgemeine Heiterkeit auf, als das verübte
liberale Gesicht des Hr. D. zum Vorschein kam.

Hamburg, 8. Juli. Seit sehr langer Zeit lese ich den
„Vorwärts“ und nie finde ich vom hiesigen Orte einen Bericht.
Ueber die Wahlbewegung im hiesigen 17. hannoverschen Wahl-
kreise folgendes: Da wir hier keine Aussicht haben, unseren
Candidaten durch, eventuell in die engere Wahl zu bringen, so
haben wir von einer größeren Agitation im hiesigen Wahlkreise
Abstand genommen, da dieselbe bei der Ausdehnung von Ham-
burg bis Bremen zu viele Kosten verursachen würde; es wird
aber unsererseits jedenfalls ein Candidat aufgestellt, und werden
wir für denselben nur Stimmzettel vertheilen; dahingegen wird
aber zur Unterstützung der offiziellen Wahlkreise unser Möglichstes
gethan, und werden wir gewiß nicht hinter anderen Orten
zurückstehen. Schwer genug wird uns ja auch dies schon ge-
macht; Maßregelungen und Einschüchterungen sind auch hier an
der Tagesordnung. Die Palme unter den hiesigen Gesellschafts-
rettern verdient aber jedenfalls der bisherige Vertreter des
17. Wahlkreises, unser Oberbürgermeister Grumbrecht, der Mann
mit dem gefunden Menschenverstand, wie die „Königsche Zeitung“
schreibt. Bekanntlich ist Grumbrecht einer der größten Schwäger
und Phrasen des Reichstags. In seiner Eigenschaft als Polizei-
direktor verbietet er uns sogar das Abhalten von Versammlungen,
von Volksversammlungen gar nicht zu reden. Kapitalklerie wie
wir Sozialisten aber nun einmal sind, wird uns auch dies nicht
abhalten, die sauer verdienten Groschen für den Wahlfond her-
zugeben. Jetzt heißt es: trotzen und alledem! Außer unserm
ist jetzt noch nicht proklamirten Candidaten, ferner Grumbrecht,
ist von den orthodox-pietistischen Welsen der Graf Grote auf-
gestellt. Der Wahlkampf wird voraussichtlich ein heißer werden.

H. S.

Hamburg. In einer Versammlung aller wahlberechtig-
ten Maurer von Hamburg und Umgegend am 4. Juli 1878,
Abends, im „Englischen Tivoli“ wurde folgende Resolution an-
genommen: „Die von 1500 Maurern besuchte Versammlung
nahm folgende Resolution einstimmig an und beschloß, dieselbe
in tausend Exemplaren auf allen Bauten Hamburgs und Um-
gegend vertheilen zu lassen. Resolution begüßlich der bevor-
stehenden Reichstagswahl am 30. Juli dieses Jahres: „Die
heute im „Englischen Tivoli“ tagende Versammlung der wahl-
berechtigten Maurer erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen
eine Wiederwahl der bisherigen Vertreter der drei Hamburger
Wahlkreise; sie tadelt das Verhalten der Abgeordneten Röding,
Bauer und Dr. Wolffsohn, als gegen die Interessen des arbei-
tenden Volkes gerichtet. Diese Abgeordneten stimmten für Ein-
führung der Arbeitsbücher und sonstige Beschränkungen der Frei-
heit der Arbeiter. — Dies allein zeigt sie schon in ungünstigem
Lichte. Die Versammlung spricht sich voll und ganz für die
vom Arbeiterwahlcomité empfohlenen Candidaten aus und ver-
pflichtet sich, im ersten Wahlkreise für August Geib, im zweiten
Wahlkreise für Georg Wilhelm Hartmann und im dritten Wahl-
kreise für Ernst Breuel thatkräftig einzutreten. Die Versamm-
lung beschließt ferner: daß der Tag der Wahl, Dienstag, den
30. Juli, von den Maurern Hamburgs als Feiertag betrachtet
werden soll. Sie fordert daher alle Maurer, ob wahlberechtigt oder
nicht, auf, diesem Beschlusse einmütig Folge zu leisten und an Wahl-
tag ausschließlich ihre Thätigkeit auf die Wahl der Arbeitercandi-
daten zu richten. Wenn Alle helfen und sich dem Streben der
Arbeiterchaft Hamburgs anschließen, dann muß diesmal der
Sieg den Arbeitern zufallen. Die Versammlung fordert zum
Schlusse die Arbeiter aller anderen Gewerke auf, auch ihrerseits
den 30. Juli zum Feiertag zu erklären.“ Im Auftrage: Das
Bureau dieser Versammlung. H. Schöning. Aug. Pflugradt.

9. sächs. Wahlkreis (Freiberg-Gainichen-Debrau).

Allen Genossen hiermit zur Kenntnismahme, daß die Centrallei-
tung der Wahl-Agitation nach Freiberg verlegt worden ist und das
Arbeiter-Wahlcomité seine Expedition

Freiberg, Bertelsdorferstraße 25 L.
errichtet hat und daselbst in Permanenz besteht.

Gleichzeitig werden alle Genossen, denen eine persönliche Mit-
wirkung bei den Wahlen möglich ist, gebeten, sich bei dem unterzeich-
neten Comité persönlich oder schriftlich recht bald zu melden.

Freiburger Arbeiter-Wahl-Comité.
H. Goldstein.

Briefkasten

der Redaktion. Auf verschiedene Anfragen: Wjera Saffu-
litz befindet sich in Sicherheit und zwar außerhalb des Bereichs der
russischen Kräfte, in Paris. — H. S. in Würzburg: Wenden Sie sich
in Betreff Düsseldorf an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Stelle-Gesuch. Ein junger Parteigenosse, Schriftsetzer,
wiederholt gemahregelt, sucht sofort
Stelle. Derselbe eignet sich zur Agitation, wie zur Mitarbeiterchaft
an einem Parteiblatt. Offerten umgehend zu richten an F. Weide-
mann, Hamburg. (S. 280)

Wahlagitationsnummer.

Den vielen Reklamanten zur Nachricht, daß wir,
da die Genossenschaftsbuchdruckerei unseren Bedarf an
Wahlagitationsnummern nicht decken kann, außer

Stände sind nach Verlangen zu liefern.

Bis Mitte nächster Woche wird es uns möglich
werden, die bis jetzt eingegangenen Bestellungen zu
effektiven.

Neubestellungen werden vor dem 22. d. M. kaum
zum Versandt gelangen können.

Leipzig, 11. Juni 1878.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzler in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.